

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum berechnet

Die Lohnumrechnung muß sofort stattfinden!

Vorige Woche haben wir an dieser Stelle mitgeteilt, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe es abgelehnt habe, den Stundenlohn der Bauarbeiter vor dem 15. Februar nächsten Jahres so zu erhöhen, daß bei achtfünfundiger Arbeitszeit der aus der früheren tatsächlichen Arbeitszeit sich ergebende Sommergelohn erreicht wird. Unser Verbandsvorstand hatte daraufhin die durch seinen Vertreter gemachten Vermittlungsvorschläge zurückgezogen und die sofortige Umrechnung des Lohnes gefordert. Der Arbeitgeberbund auf der Zentralauschuß zur Entscheidung an, hier auf Grund der Vereinbarung gebildet wurde, die die deutschen Bauarbeiterverbände mit den deutschen Unternehmerverbänden am 15. November getroffen haben. Dieser Ausschuss, der auf paritätischer Grundlage aus Vertretern der beteiligten Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen gebildet ist, hat nun folgende Entscheidung gefällt:

Der Zentralauschuß legt die Ziffer 9 der Vereinbarung vom 15. November dahin aus, daß auch im Baugewerbe die Umrechnung auf 8 Stunden sofort stattfinden muß.

Der Zentralauschuß hat also die Weigerung des Arbeitgeberverbandes beziehungsweise seines Vorstehenden als unrichtig verworfen und sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Arbeiter gestellt. Damit ist unsern Kollegen ausdrücklich das Recht zugesprochen, die Umrechnung des Sommergelohns auf die achtfünfundige Arbeitszeit überall jetzt schon zu fordern. Unsere Vereine werden darüber zu wachen haben, daß dies geschieht.

Das Schicksal der Revolution liegt in der Arbeiter Hand!

Der Kriegsausgang und die Revolution haben der deutschen Sozialdemokratie die politische Macht in die Hände gegeben und damit die deutsche Arbeiterklasse selbst zu ihrem Geschicks Schicksel gemacht. Wird die Arbeiterklasse es verstehen, ihr Glück zu schmieden, das mit dem Glück des deutschen Volkes untrennbar verbunden ist, oder wird sie durch Dilettantismus und unkluge Experimente sich und ihre politische Herrschaft zugrunde richten?

Die deutsche Arbeiterklasse sieht sich nach dem Sturm der alten Herrschaft vor eine Reihe schwerer wirtschaftlicher und politischer Aufgaben gestellt, von deren befriedigender Lösung nicht nur der weitere Gang und das endgültige Ergebnis der Revolution, sondern auch das fernere Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes abhängt. Die befriedigende Lösung dieser Aufgaben ist nur möglich, wenn sich die Arbeiterklasse nicht nur klar über das Ziel, das es in letzter Linie zu erreichen gilt, sondern auch klar über den Weg, den sie zu diesem Ziele zu gehen hat. Ist sie sich nicht klar über den Weg, so besteht die Gefahr, daß sie auf Irrwege gerät und in Abgründe stürzt, aus denen sie sich nur schwer wieder erheben könnte. Es ist deshalb heute mehr als je notwendig, daß sich die deutsche Arbeiterklasse von der Verunsicherung und nicht von unklaren Gesinnungen leiten läßt.

In den letzten Wochen scheint uns das nicht immer bei allen deutschen Arbeitern gefühlbar zu sein. Die Revolution hat Arbeiterkreisen aufgerüttelt und Kräfte an die Oberfläche gebracht, die noch vor wenigen Wochen gewerkschaftlich und politisch indifferent waren. Durch die politischen Ereignisse nimmt in Bewegung gesetzt, über diese Schichten auf den Gang der Geschicke zum Teil seinen günstigen Einfluß aus. Sie sind nicht durch die gewerkschaftliche und politische Schute gegangen, wissen nichts von Gemeinfinn und Solidarität und sind mangels ausreichender wirtschaftlicher und politischer Kenntnisse leicht jedem Demagogem zugänglich, der radikal zu reden und sich zu nehmen versteht. Immer nur ihre eigenen persönlichen Interessen vor Augen, fragen sie wenig danach, wie ihr Tun auf die übrige Arbeiterklasse oder gar auf die Volksgemeinschaft und damit auf den weiteren Gang der Revolution wirkt. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht ebenso wie an Verantwortlichkeitsgefühl. Insofern reicht es sich jetzt bitter, daß vor dem Kriege nicht viel größere

Arbeitermassen von der gewerkschaftlich-politischen Auffklärung erfasst worden sind.

Es seien hier nur wenige Beispiele genannt. Unser ganzes Wirtschaftsleben ist durch den Krieg aufs stärkste gerüttelt und durch die erbarmungslos harten Waffen- und Lebensmittelmangel bedroht. Die Demobilisation unserer Heere, die Versorgung der kriegsbeschädigten Bevölkerung mit Lebensmitteln, die Produktion unserer Fabriken, ja sogar der Friede und das Leben von Millionen von Menschen hängen von einem ungeklärten Fortgang der Kohleproduktion ab. Obwohl uns nun große Gewinne, die bisher für uns Kohle geliefert haben, infolge ihrer Befreiung durch fremde Truppen keine Kosten mehr liefern können, obwohl dadurch der Betrieb der Bahnen, die Versorgung der Städte mit Gas und Elektrizität, die Versorgung der Fabriken und der Privathaushaltungen mit Kohle auf schwerste die Durchführung der Wirtschaftspolitik gefährdet, obwohl schließlich sogar die Gefahr besteht, daß Millionen Frauen und Kinder infolge Mangels an Kohlen frieren und infolge Stodung des Güterverkehrs und der Lebensmittelherzeugung demnächst hungern und vielleicht verhungern müssen, haben in der letzten Woche Gruppen von Bergarbeitern in Ober-Schlesien und in Rheinland-Westfalen zur Durchsetzung von Lohnforderungen entgegen dem Willen der Bergarbeiterverbände die Stilllegung der Kohlenwerke angeordnet und zum Teil schon erreicht.

Es ist klar, daß ein solches sinnloses Vorgehen — sinnlos deshalb, weil berechtigter Lohnforderungen heute leicht auf dem Wege der Verhandlungen durchzusetzen sind — viele Bevölkerungsschichten, die von den Folgen eines solchen Vorgehens betroffen werden, von der Herrschaft der Arbeiterklasse abschrecken und ins Lager der Reaktionäre treiben muß.

Ein anderes Beispiel: Infolge der Eroberung der politischen Macht wurde die Arbeiterklasse auch in ihrem Verhältnis gegenüber den Unternehmern mächtig gestärkt. Die Arbeiter können heute, wenn sie keine Rücksicht auf das Wirtschaftsleben nehmen wollen, den Unternehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen, einfach diktieren. In vielen Fällen ist das auch geschehen, und sofern dabei Rücksicht auf den Fortgang der Produktion genommen wird, ist das schließlich auch nicht allzu gefährlich. Auch die Unternehmer vieler Werke haben ja den Arbeitern noch bis zum Kriege die Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach diktieren. Aber gefährlich, und zwar gefährlich für die Arbeiter selbst, wird ein solches Vorgehen dann, wenn die Arbeiter nicht mehr die wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigen, wenn sie glauben, den Unternehmern ohne Schaden für sich selbst und für die Gesamtheit jeden Lohn diktieren zu können.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß Arbeiter von ihren Unternehmern ganz fordernde Löhne gefordert haben. Im ober-schlesischen Bergbau hat man zum Beispiel einen Schichtlohn von M. 26 verlangt. Unter dem vorhin geschichteten Zwange der Not ist dieser Lohn wohl auch bewilligt worden. In anderen Werken hat man Stundenlöhne von M. 2 bis M. 3 verlangt, und manchen Arbeitern gingen diese Forderungen noch nicht weit genug. Sie sind der Meinung, daß sich die Löhne ohne Schaden für die Industrie und sie selbst plötzlich auf jede beliebige Höhe steigern ließen. Und sie glauben, daß mit Löhnen in der von ihnen gewünschten Höhe ihre wirtschaftlichen Nöte beseitigt würden.

Auch diese Arbeiter sind natürlich in Irrtümern befangen. Man kann die Löhne in einer Industrie nicht auf jede beliebige Höhe hinausschieben, ohne die Industrie zu ruinieren, und man kann mit einer über ein gewisses Maß hinausgehenden Erhöhung der Löhne nur noch eine allgemeine Entwertung des Geldes, aber keine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiter bewirken. Vorübergehend wird allerdings eine Welterhöhung eintrifft; aber auch das geschieht nicht, wie wohl viele glauben, auf Kosten der Unternehmer, die ja in der Regel solche Lohnforderungen gar nicht tragen können, sondern auf Kosten der Allgemeinheit. Der Unternehmer schließt die höheren Löhne gang oder zum größeren Teil auf die Preise der Produkte, und die Verbraucher müssen sie bezahlen. Es dauert gar nicht lange, dann findet die Lohnherabsetzungen durch die Erhöhung der Preise wieder ziemlich weitgemacht, und das Spiel muß aufs neue beginnen. Das ist noch der günstigste Fall. Werdezu gefährlich können die erbärmliche Lohnforderungen dann für die Arbeiter sein, wenn die Unter-

nehmer die geforderten Lohnherabsetzungen weder selber tragen noch auf die Verbraucher abwälzen können. Dann müssen solche Lohnherabsetzungen zu einer Stodung der Produktion führen und für die Arbeiter Arbeitslosigkeit und Not im Gefolge haben.

Um solche unliebsamen Folgen zu vermeiden und doch der Arbeiterklasse einen möglichst großen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben, haben sich die meisten deutschen Gewerkschaften schon lange vor dem Kriege das Recht der Mitwirkung bei der Befreiung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft. Dieses Recht ist heute auf Unternehmensebene auch von den ehemals größten Schachmachern anerkannt und in der gewerkschaftlichen und Unternehmerverbänden abgeschlossenen Vereinbarung vom 15. November niedergelegt. Der weitere Ausbau dieses Rechts, die volle Durchführung der gewerkschaftlichen Demokratie, muß bis zur Sozialisierung der Betriebe das weitere Ziel der Gewerkschaften sein.

Und noch ein verhängnisvoller Irrtum macht sich heute unter den Arbeitern vielfach geltend. Das ist die Meinung, Arbeitszeit nicht mehr nötig habe, ihre Arbeitskraft so produktiv wie früher anzumenden. Mit andern Worten: daß es heute, wo die politische Herrschaft der Kapitalisten gestürzt ist, nicht mehr darauf ankomme, ob der einzelne Arbeiter wenig oder viel leistet. Nichts ist irriger als das! Wo nichts vorhanden ist, kann man nichts erzeugen. Wenn nur wenig Werte erzeugt werden, kann man auch nur wenig verbrauchen. Das Ziel der Sozialisten muß es sein, so rasch als möglich aus dem jetzigen Elend herauszukommen. Das ist aber nur möglich, wenn jeder Volksgenosse die Erzeugung neuer Werte mit allen Kräften fördern hilft. Ohne das können wir nicht aus Hunger und Elend heraus. Solange das Angebot an Waren und Lebensmitteln knapp, die Nachfrage aber groß ist, dürfen wir auch keine nennenswerte Senkung der Preise erwarten. Wir brauchen nicht nur Waren für uns, sondern auch zum Austausch gegen Lebensmittel für andere Länder. Wir müssen zum Beispiel die Lebensmittel, die uns Amerika schicken soll, mit Waren im Wert von Milliarden bezahlen. Können wir das nicht, dann werden wir auch nichts bekommen. Darum darf die Erzeugung von Waren nicht hinken.

Das Ziel des Sozialismus kann selbstverständlich niemals eine gesundheitsfördernde Schuterei, aber auch niemals das direkte Gegenteil sein. In der sozialistischen Gesellschaft muß es heißen: So rasch als möglich zur Arbeitszeit und möglichst hoher Erzeugung der Arbeitskraft die Arbeitsergiebigkeit soviel wie möglich zu steigern.

Von dem Verhalten der Arbeiterklasse in der nächsten Zeit wird nicht nur in hohem Maße der Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung abhängen, sondern das Schicksal der deutschen Revolution überhaupt. Lassen sich die Arbeiter von der Verunsicherung und von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten leiten, dann brauchen wir um das Schicksal der Revolution nicht besorgt zu sein. Andernfalls aber könnte es leicht passieren, daß die Arbeiter, anstatt die Revolution vorwärts zu treiben und mit einer planmäßigen und schrittweisen Sozialisierung der Gesellschaft eine glänzende Zukunft entgegenzusetzen, der Gegenrevolution zum Siege verfallen und einen Triumph der Reaktion erleben, wie wir ihn selbst unter dem alten Regime nicht gekannt haben. Die freihändlerischen Erzeugnisse der Revolution werden nur dann auf die Dauer als gesichert gelten können, wenn unter ihnen nicht nur einzelne, sondern die Masse des Volkes besser, glücklicher und zufriedener lebt, als sie unter dem alten Regime gelebt hätte. Wir sind sicher, daß unsere Kollegen in ihrer überwiegenden Mehrheit diese Zusammenhänge einsehen und dementsprechend handeln werden.

Für ein einheitliches Deutschland!

Von berufener Seite wird der Gewerkschaftspressen geschrieben:

Die deutsche Revolution, die das Reich aus den Fesseln des Gottesgnadentums, des Militarismus und der Bürokratie befreit hat, ist in Gefahr, den Zusammenhalt des Reiches zu sprengen. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches läßt die Revolution in eine Reihe von Sonderrevolutionen auf, deren früchte die Errichtung einzelstaatlicher Volkregierungen und Republikanismen wurden. So starb der großdeutsche Gedanke auch rege blieb und so begeistert der Anschluß Deutsch-



sterreichs an die Deutsche Republik begriffen wurde, so hinderte dieses Bewußtsein doch nicht die Gefährdung von Aufspaltungen und die Schaffung neuer Bundesrepubliken. So plant man im Norden die Loslösung der preussischen Nordseegebiete und deren Vereinigung mit Hamburg, Bremen und Oldenburg zu einer Sonderrepublik. Ein Teil der Hannoveraner möchte sich gleichfalls separieren und ihren weissen Raum unter der republikanischen Freiheitsmütze weiterträumen. Auch im Rheinland hat die Abneigung gegen Preußen ähnliche Bestrebungen ausgelöst. Die Separationsgelüste der von polnisch sprechender Bevölkerung durchsetzten östlichen Landesteile scheinen es bei der Loslösung von Preußen nicht bereden lassen zu wollen, sondern auf die Parole „Los von Meisel“ und auf den Zusammenschluß mit dem polnischen Staat hinzuzusteuern. Auch in Deutschland herrscht nach folche Selbständigkeitsideen unter dem Rufe „Los von Wien!“ hervor, so in Tirol, von dem sich wieder das keine Voraberg separieren will.

Bei diesen Zerpfaltungsversuchen wirkt nicht allein der neue völkerrrechtliche Grundgedanke der Autonomie der Nationen als unklare Reflexion mit, sondern vor allem die Abneigung der Mandatländer gegen die Zentrale des Reiches. War diese Abneigung unter dem monarchischen System durch die Herrschaft des zentralisierten Militarismus und der Bureaucratie genährt worden, so ist diese Wurzel des Uebels heute beseitigt. Die Zentralgewalt im Reiche ist auf ein Minimum gesunken. Die Zentralgewalt der Nationen verdient. Es werden ziemlich selbständig und vielfach gegenständig und in manchen Bezirken ist die Verneinung über die Abgrenzung der maßgebenden Gewalten besonders groß. Auch steht es heute so, daß man sich weder im Süden, noch im Norden, im Osten oder Westen von Berlin besonders imponieren läßt, und jeder Tag bringt Proteste und Drohungen gegen die Reichszentrale, die deren reale Gewalt ziemlich zweifelhaft erscheinen lassen.

Mehr als die Herrschaft der Zentrale treibt die Furcht der Aufstrebenden vor dem Radikalismus, der sich in der Reichshauptstadt geltend macht, zu solchen Sonderbestrebungen. In Berlin hat jede Revolutionsstimmung für sich allein so viel Anhänger, daß sie glaubt, auf eigene Faust operieren zu können, und alle auch gegeneinander arbeiten. Dabei fehlt es nicht an Ueberbietungen im Radikalismus, begleitet von kostbar besetzten Drohungen und revolutionären Machtergreifungen, sich durchzusetzen. In Berlin verschwinden solche Erscheinungen fast vollständig und werden von den Massen wenig ernst genommen. In der Presse aber, die getreulich über alle diese Vorgänge in sensationellster Aufmachung berichtet, erscheinen sie bedeutend vergrößert und als fürchtbarste Gefahr und wirken draußen so abschreckend, daß dadurch ein neuer Partikularismus gemäßigter Republikaner großzügig wird. Die einen beschränken von einer zu radikalen Zentralregierung zu tiefe Eingriffe in die Produktion, die andern solche in das Eigentum, dritte fürchten Eingriffe in die Ordnung des religiösen Lebens und wieder andere Vermögensveränderungen ihrer nationalen Aspirationen.

Man meißelt in diese Stimmung gedrückt worden durch die Abneigung des radikalen Flügel der Sozialdemokratie gegenüber einer baldigen Einberufung der Nationalversammlung, die von der Zentralregierung am ersten Tage feierlich zugesagt worden ist, aber später in dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat unvorhergesehen Bedenken begegnete. Man beschließt, die revolutionäre Diktatur erst noch etwas zu verlängern, um die Revolution sich soziale Umwälzung auswirken zu lassen, ehe man die Macht wieder an die demokratische Volksvertretung abtritt. Gerade dagegen lehnen sich alle rücksichtigen, vor allem die bürgerlichen Schichten auf; in dem Gefühl, daß die Revolution der Fügung bedarf, wenn nicht ihre Interessen völlig unter die Mäher kommen sollen, suchen sie Schutz bei der Nationalversammlung. Ihre Annahme, daß diese in ihrer Mehrheit antisozialistisch sein werde, ist sicherlich falsch, aber wahrscheinlich wird sich nach dem Willen der Nationalversammlung die sozialistische Umgestaltung doch etwas langsam und unvollziehen als nach den Plänen übertragener Verbände der proletarischen Diktatur. Aber auch die gemäßigten Sozialisten halten die Einberufung der Nationalversammlung für das nächste und dringende Erfordernis, um überhaupt erst einmal eine anerkannte Zentralgewalt im Reiche zu schaffen und ihren Maßnahmen eine zweifelsfreie legislative Grundlage zu geben, um Macht in geltendes Recht umzuwandeln. Sie erwarten aber auch von der Nationalversammlung eine Ordnung der neuen Reichsverhältnisse und eine Organisation der dieser entsprechenden Verwaltung, die das Geschaffene in das wirkliche Leben überführt.

Der Streit um die baldige Einberufung der Nationalversammlung hat aber noch einen andern, ungleich engeren Frieden: es handelt sich um die Sicherung eines baldigen Friedensschlusses, an dem alle Volksteile in gleichem Maße ein vitales Interesse haben. Dieser wird bestritten werden, daß die Alliierten den Friedensschluß mit Deutschland abhängig machen von dem Vorhandensein einer anerkannten Reichsgewalt, die dafür volle Gewähr bietet, daß das gesamte Volk die Friedensbedingungen übernimmt. Daher wird jedes Sträuben gegen die Abtretung der legislativen Gewalt an die Nationalversammlung in weiten Kreisen des Volkes als eine Gefahr für den Frieden bewertet, woraus sich das Drängen nach allgemeinen Wahlen und die Vereinigungsmehrheit gegen die jetzige ausübende Gewalt zur Genüge erklärt.

Solange sich diese Strömungen des revolutionären Volkes im Rahmen des einheitlichen Deutschland bewegen, konnte man ihnen mit jener Gelassenheit zusehen, die alle Heilung

von der Zeit und den praktischen Bedürfnissen des Lebens ermarket. Aber heute ist es bereits so weit, daß diese Strömungen den Rahmen des Reiches zu sprengen drohen. Es sind nicht mehr die polnisch besetzten Landesteile Preußens allein, die nach außen drängen, sondern auch in Süd- und Westdeutschland machen sich Loslösungsbewegungen geltend, die den Weiterbestand des Deutschen Reiches gefährden. Diese Bestrebungen sind um so bedenklicher, als sie zweifellos von den alliierten Mächten insgeheim gefördert werden und deren Interessen entsprechen. Ein selbständiges Rheinland und ein selbständiges Süddeutschland würden eine stärkere Machtverringering des künftigen Deutschlands bedeuten, sowohl in strategischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, und diese Staaten würden sich leicht gegen den deutschen Hauptstaat auspielen lassen. Umgekehrt wären die Nachteile einer Zersplitterung dieser Landesteile von Reich für das letztere so groß, daß alle aufgegeben werden muß, um sie zu verhindern. Mit dem Rheinland ginge dem Reich ein großer Teil seiner Kohlen-, Erz- und Textilindustrie verloren, mit Süddeutschland ein Teil seiner Lebensmittellieferung. Das auch die losgerissenen Teile der Abtretung nicht gewinnen würden, insofern beide auf den Wirtschaftszusammenhang mit dem Reiche angewiesen sind, sollte zu bedenken geben, ehe man sich zu solchen Schritten entschließt. Jedenfalls darf nichts versäumt werden, die Einheit des Reiches zu erhalten und zu sichern, und dazu erscheint die beschleunigte Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in der Tat als das einzige wirksame Mittel, den separatistischen Strömungen den Boden zu entziehen.

Der Rat der Volksbeauftragten hat zunächst einmal eine Konferenz der republikanischen Regierungen des Reiches zusammenberufen, eine Art revolutionären Bundesrat, um die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit der Vorfrage nach der Aktionsfähigkeit der Regierung, dem politisch-nationalen Zusammenhang und die wirtschaftlichen Beziehungen der Gliedstaaten zum Reiche zu erörtern. Das war sicher durchaus zweckmäßig, um zunächst einmal Klarheit über die nächsten Gesamtbedürfnisse der deutschen Nation zu schaffen und die revolutionären Kräfte auf diese nächsten Aufgaben hinzuweisen. Aber das selbst nicht der Pflicht, das Volk selbst ordnungsgemäß zu berufen und ihm die Entscheidung über diese Fragen vorzulegen.

Die Reichskonferenz der Bundesstaaten fand am 25. November d. J. in Berlin statt. Sie wurde nach einer Eröffnungsansprache von Gertel, in der als Ziel der Reichspolitik die Sicherung der sozialistischen Demokratie und als nächste Aufgabe der Frieden und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens bezeichnet wurden, mit Resolutionen von Gertel über die außerordentliche Lage und von Gertel über die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet. Soll verlangt, daß die Zentralgewalt keiner Kontrolle, die die Gliedstaaten nicht anerkennen, unterstellt werden dürfe, daß die Waffenstillstände nur der Reichsregierung obliegen dürfen und daß für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem mehr zentralgelegenen Ort zu tagen habe, ein baldiger Termin angesetzt werden müsse. Gertel betonte die Notwendigkeit eines baldigen Präliminarfriedens, der der Entente den Reichsstillstand in Deutschland einbringe. Der Vertreter Bayerns, Eisner, hielt darauf eine Rede gegen die bürgerlichen Minister, die er der Konterrevolution verdächtigte, und wies ihm festbinden die Vertreter für Anhalt, Sachsen und Kurhessen, während ihm die Vertreter für Anhalt und Hessen entgegentraten. Der Volksbeauftragte Barth, Berlin, erklärte eine Konstituante für notwendig, wollte aber vorher ein Zentralparlament der Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen.

In der weiteren Debatte wandte sich die Mehrheit der baldigen Einberufung der Nationalversammlung zu, besonders nachdem der Volksbeauftragte Scheidemann dargelegt hatte, daß die eigentlich technischen Schwierigkeiten für die Vorbereitung der Wahlen überhaupt nicht beständen. Auch die Darlegungen der Reichsminister über die Schwierigkeiten in der Volksernährung, Demobilisierung, im Wirtschaftsleben und im Finanzwesen machten tiefen Eindruck und vermehrten die praktischen Gründe für die Einberufung der Nationalversammlung. Der Vorsitzende Gertel konnte daher am Schluß der Reichskonferenz aus deren Ergebnisse das folgende Resümee zur Annahme unterbreiten:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Versuch einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinarbeiten zu lassen. Angesichts dieser Verhältnisse wurde folgende Erklärung angenommen: „Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungeschlossenen Teile des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksernährung im Inn- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Ver-

treten der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat.“

Die deutschen Bundesregierungen sind sich also darin einig, die Einheit des deutschen Volkes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es ist aber weiterhin erforderlich, daß auch die Bevölkerung der Aufstrebenden in geschäftlichem Sinne allen separatistischen Bestrebungen kräftig entgegenwirkt. Wir ersehen die Arbeiterschaft, besonders in Süddeutschland und in den Rheinländern, unerbrüchlich für die ungeschwächte Reichseinheit einzutreten und sich durch keinerlei Besprechungen für die Begünstigung oder Zulassung von Loslösungsmassnahmen gewinnen zu lassen.

Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen, vorbehaltlich der am 16. Dezember 1918 zusammengetretenen Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Das Reich wird in dem Wahlkreisumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge eingegriffen wird, in 38 Wahlkreisen wahlfähig eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Gestellungsergebnis vom 18. November.

Auch in dieser Woche fehlen die Bezirke Köln und Karlsruhe. Die Demobilisierung macht dort wohl ein Verdrängen unmöglich. In den 18 bestehenden Bezirken wurden 75 116 Mitglieder erfasst, von denen 397, oder zum Hundert 0,52, arbeitslos gemeldet sind. Am Samstag vorher hatte das Verhältnis 0,29 betragen. Es hat sich somit wiederum beinahe verdoppelt. Die Bezirke Breslau, Berlin, Leipzig und München sind am stärksten an der Zunahme beteiligt. In diesen Bezirken stieg die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Mitgliederbestand: Breslau von 0,24 auf 1,23, Berlin 0,45 auf 0,98, Leipzig 0,14 auf 0,47 und München 0,17 auf 0,66. In 7 Bezirken wurden gar keine Arbeitslosen gemeldet. Das Verhältnis der unterrichteten Arbeitslosen zum Mitgliederbestand stieg seit der Vormode von 0,05 auf 0,09.

Bezirk	Zahl der Mitglieder	Zahl der arbeitslosen Mitglieder	In den bestehenden Bezirken		In den bestehenden Bezirken		In den bestehenden Bezirken		Gesamt
			Arbeitslose	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos			
1. Königsberg	18	18	1885	—	—	—	—	—	—
2. Bromberg	27	27	1442	2	18	4	—	—	24
3. Stettin	49	49	1640	2	4	—	—	—	2
4. Breslau	51	51	3326	9	33	5	1	—	2
5. Berlin	67	67	9476	21	39	7	441	1	98
6. Magdeburg	45	45	7236	—	—	—	—	—	—
7. Erfurt	45	45	6187	—	—	—	—	—	—
8. Frankfurt	15	15	1626	—	—	—	—	—	—
9. Köln	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Dortmund	11	11	3895	—	—	—	—	—	—
11. Hannover	37	37	3607	—	—	—	—	—	—
12. Bremen	24	24	2917	—	—	—	—	—	—
13. Hamburg	56	56	6289	18	98	31	4	—	138
14. Hildesheim	59	59	1792	—	7	2	—	—	—
15. Dresden	15	15	6881	2	6	4	1	—	9
16. Weipzig	74	74	7946	4	22	9	14	1	37
17. Münster	23	23	2766	—	10	1	—	—	18
18. Württemberg	28	28	4252	4	23	2	1	—	28
19. Stuttgart	8	8	1662	—	—	—	—	—	—
20. Karlsruhe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	656	656	75116	67	261	65	654	4	2397

Der Stand unseres Verbandes.

Bezirk Stuttgart.

Die Bautätigkeit war seit dem Jahre 1916 ziemlich gut. In einer Reihe von Orten wurden Arbeitsbauten ausgeführt. Die hierzu nötigen Arbeitskräfte konnten nicht alle in unserem Bezirk aufgefunden werden. Die Folge war, daß eine ganze Anzahl Bauarbeiter von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Welche Arbeit notwendig war, diese der Organisation auszuweisen, ist genügend bekannt. Selbst frühere Mitglieder haben aus Furcht vor dem Wiedereröffnen der Anwerbung unterlassen. Den in der Organisation tätigen Kollegen war die Agitation nicht leicht, da die meisten Kriegsblinden militärisch bewacht, ja ein Teil mit hoher Umhüllung und Portierhäuschen versehen wurden, wo nur Personen ein- und ausgehen durften, die mit einem vom Werk ausgehenden Ausweis versehen waren. Wir haben den Versuch gemacht, durch das Stellvertretende Generalkommando solche Ausweise zu erlangen, was aber abgelehnt wurde mit der Begründung, daß wir uns an die einzelnen Arbeitgeber wenden sollten. Wir sind heute noch der Ansicht, daß uns das Generalkommando einen solchen Ausweis ausstellen sollte, wenn es von den Arbeitgebern gestattet werden dürfte. Aber diese wollten uns nicht auf ihren Arbeitsstellen haben. Wie sich unsere Mitgliederbewegung während des Krieges gestaltete, geht aus wenigen Zahlen hervor: Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1914 7410, am 31. Dezember 1915 5353, am 31. Dezember 1916 915 und am 1. Oktober 1918 1405. Aufgenommen wurden im dritten und vierten

deren Zahlen er der Versammlung unterbreitete. Desgleichen behandelte er die Löhne der Bauarbeiter. Abgesehen von einzelnen Spezialgruppen, wie Pfeifenleger, Durchschmittstegen der Mauer 51 bis 97 1/2, der Lohn der Bauführer 45 bis 55 1/2. Nach den Feststellungen des statistischen Amtes stieg der Lohn des Arbeiters in der Industrie von 4,16 im Jahre 1914 auf 10,79 im Jahre 1917 (109 vom Hundert), der Lohn der Arbeiterin von 4,29 auf 11,82 (119 vom Hundert). Dies ist allerdings eine beträchtliche Steigerung des Gehaltes; doch nicht auf die Höhe des Lohnes kommt es an, sondern darauf, was man sich dafür kaufen kann. Trotz der höheren Löhne könnten weite Kreise der Arbeiterschaft nur unter erheblichen Leiden. Auch die Grenzen des Arbeitstages seien stark verdrängt worden. Es geht viel auf, was erlangen, und dies konnte nur erreicht werden, wenn die Grenzen verschoben wurden. Desgleichen seien die Arbeiter furchtbar ganz außer Rand und Band geraten. Das Lohne und Arbeitszeit nach dem Kriege nicht zu haben können, liegt auf der Hand. Schon während dem Kriege, als die Arbeiter die Forderungen für sich einbringen wollten, die selben Stimmen von einer Mehrheit zu früheren Arbeitsdauer nichts wissen. Die Organisation der Arbeiter sei durch den Krieg geschwächt worden. Die Arbeiter hätten den Tag für genommen, manches nach dem Krieg zurückzuführen, was ihnen die Arbeiterorganisationen vor dem Kriege abgerungen haben. Mit Schweden müßten wir an die Wirtschaftskämpfe denken, die folgen würden. Unser Volk könne diese Kämpfe nicht ertragen. Unsere wirtschaftlichen Kräfte seien aufgebraucht, wir müßten wieder Werke produzieren, und da müßten sich alle Kräfte entfalten können. Wir hätten Milliarden an Kapital verloren, obendrein leide Deutschland aus dem Kriege um 3 Millionen Arbeitskräfte ärmer zurück. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sei aber nicht der Weg, um die Produktion zu steigern.

Professor Brentano erklärte hierzu auf Grund der Arbeit und Forschungen der Wissenschaft die Frage, welche Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit die höchste Leistung erwarten läßt. Ein reiches Material entrollte der Professor. Abgesehen von der Volkswirtschaftslehre des 17. Jahrhunderts bis auf die heutige Zeit, ließ er alle berühmten Volkswirtschaftslehre zu Worte kommen. Schlechter Lohn und lange Arbeitszeit seien die Ursache des Zurückbleibens der technischen Entwicklung eines Volkes. Freiherr von Oamp erklärte einmal beim Bau seiner Säule, daß ihm die kleine Steinträger mit hohem Gehalt und langer Arbeitszeit lieber seien als die großen Steinträger mit langer Arbeitszeit und niedrigem Lohn. Beim Taylorsystem (über das wiederholt unser „Grundstein“ berichtete) können wir Bauarbeiter als Arbeiter betrachtet werden. Das hinderniß, was wir nicht tun, sei eine geistige Wirtschaftskrise. Einen richtigen Menschenbegriff müßte die neue Generation erzielen. Und dazu sei die Festlegung eines Arbeitslohnes und einer Arbeitszeit nötig, bei denen die größte Leistungsfähigkeit bewahrt ergibt wird. Die Möglichkeit dieser Festlegung habe die Wirtschaft bereits gezeigt. Die Arbeiter müßten wir aufstellen. Für jedes Gewerbe ist festzustellen, was der Arbeiter an Nahrung, Kleidung und Wohnung benötigt, um seine im Gewerbe verbrauchte Arbeitskraft wieder zu ersetzen. Bei der Bemessung des Geldlohnes ist noch ein Kosten in Rechnung zu stellen, den der Arbeiter benötigt, um eine Familie zu ernähren und zu erziehen; ein Kosten, der ihn in die Lage versetzt, an den Ertragsleistungen der Kultur und dem politischen Leben teilzunehmen, und schließlich ein Kosten, den er sich zurücklegen kann und der ihm die Aussicht eröffnet, sein Los zu verbessern. Die Löhne und Arbeitsbedingungen müßten durch die Expertenkommissionen beider Teile in Tarifverträgen festgelegt werden, und das so in Kollektivverträgen festgelegte müßte rechtsverbindliche Kraft für die betreffenden Berufszweige und tätigen Arbeiter haben. Dann sei nicht zu befürchten, daß unser Vaterland durch Streiks und Ausperrungen vollständig zerstört werde. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Brentano für notwendig, daß der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung beseitigt wird. — Aus der Mitte der Versammlung, die von allen Kreisen der Bevölkerung besucht war, wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den ausgedehnten Vortrag im Druck erscheinen zu lassen, um das Gehörte den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Hans Wagner, München.

Ein Jahresarbeitsnachweis in München.
In einer Sitzung des Verwaltungsausschusses des städtischen Arbeitsamtes in München erklärte Verwaltungsdirektor Bergmüller, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe seinen eigenen Jahresarbeitsnachweis zugunsten der Zentralisierung der Arbeitsvermittlung aufgegeben habe und bereit sei, an der Bildung eines Jahresarbeitsnachweises im städtischen Arbeitsamt mitzuwirken. Die Zeit der gegenseitigen Kämpfe zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften sind, so ergeht sich, daß im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter käme. Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge schätzte

Soziales.

Schwerbeschädigte in der Industrie. Nach einer Mitteilung der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge gab es am 1. Juli 1918 in ganz Deutschland etwa 100 000 bereits entlassene schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer, unter denen sich etwa 45 000 Industriearbeiter befinden. Da in Deutschland insgesamt mindestens acht Millionen männliche und weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich, daß im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter käme. Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge schätzte

darans, daß wir auch heute noch, trotz der schweren Verluste, die uns dieser Krieg gebracht hat, nicht mit einer Ueberflutung unserer Industrie durch schwerbeschädigte zu rechnen brauchen und daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Einstellung dieser schwerbeschädigten gar nicht noch nicht gelitten sei. Das werde in Zukunft um so weniger der Fall sein, wenn die Betriebsleiter darauf sehen, den schwerbeschädigten geeignete und für sie passende Arbeit herauszufinden. Die Erfahrung lehre, daß es möglich ist, schwerbeschädigte und selbst amputierte Leute bei geeigneter Arbeitsbeschäftigung noch so zu beschäftigen, daß sie bis zu drei Vierteln der Leistung eines Gesunden auszuführen vermögen. Es wäre dann also bei 180 gesunden Arbeitern nur mit dem Ausfall von einem Viertel einer Arbeitskraft zu rechnen, was sicherlich nicht hinderlich für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes in die Wege führe. Manche Firmen lehnten allerdings die Einstellung schwerbeschädigter unter Hinweis auf die Beschäftigung der Betriebsleiter bereits in beträchtlicher Anzahl ab. Die Beschäftigung der schwerbeschädigten sei indessen meist kaum als ein wirtschaftliches Opfer, zumal bei dem heutigen Mangel an Arbeitskräften, anzusehen, und es sollte deshalb die Aufnahme von schwerbeschädigten einen Betrieb nicht von der Einstellung schwerbeschädigter entbinden. Gerade aber gegen diese, die so besonders viel für uns tun und litt, hätten wir auch besondere Pflichten der Dankbarkeit erfüllen. — Man darf wohl annehmen, daß nach der politischen Umwälzung im Reich auch für die schwerbeschädigten Arbeit beschaffen oder auf andere Weise für sie gesorgt werden wird.

Familienunterstützung für entlassene Soldaten. Viele Frauen, deren Männer seit dem Militär entlassen werden, fragen: Welchen ich für mich und meine Kinder noch weitere Unterstützung? Und wie lange? Wir weisen deshalb darauf hin, daß am 6. Dezember 1916 von dem damaligen Reichstagsrat ein Gesetz herausgegeben wurde, nach dem die Familienunterstützung noch für einen halben Monat nach der Entlassung weiter zu zahlen ist. Damit soll gelöst sein, wenn der Mann an einem Tage in der letzten Hälfte des November zur Entlassung kam, hat seine Familie noch Anspruch auf Unterstützung bis 15. Dezember. Anders ist es für die mit 1. Dezember entlassenen Kriegsteilnehmer. Deren Familien erhalten noch für 3 Monate nach der Entlassung weitere Unterstützung.

Wiedereintritt der Soldaten in die Krankenkassen. Jeder Kriegsteilnehmer hatte das Recht, nach seiner Entlassung Mitglied seiner Krankenkasse zu bleiben. Wer dieses nicht getan hat, kann nach einer Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1918 binnen sechs Wochen nach der Entlassung vom Militär wieder in die Krankenkasse eintreten, falls er nicht durch einen Bescheid als weisungspflichtiges Mitglied geworden ist. Will er freiwillig wieder in seine frühere Krankenkasse eintreten, so darf er dazu nur einer mündlichen oder schriftlichen Zustimmung bei der betreffenden Kasse. Eine ärztliche Untersuchung von seinem Gesundheitszustand festzustellen, ist der Kasse nicht erlaubt.

Bücher und Schriften.

Beton-Kalender 1919, Taschenbuch für Beton- und Eisenbetonbau sowie die verwandten Fächer. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von der Zeitschrift „Beton und Eisen“. 18. neubearbeiteter Jahrgang. Mit 618 Textabbildungen, 10 farbige, 1000 Textausgabe in einem Band. Preis factotum 1/6. Der Inhalt dieses Kalenders ist im wesentlichen der gleiche wie bei dem Jahrgang 1918. Einige Artikel sind neu aufgenommen, darunter die niederländischen Eisenbetonbestimmungen, die neuen deutschen Normen für einseitige Bewehrung und Prüfung von Hochfestbeton und die vom Deutschen Betonverein aufgestellten Bedingungen für Beton- und Eisenbetonarbeiten. Der Kalender ist zu beziehen vom Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin, Wilhelmstraße 70.

Briefkasten.

A. Friedrich. Der uns aus dem Felde zugekommene Beitrag „Die Bauarbeit ist und in Zukunft wird vor der politischen Umwälzung stehen, sein Inhalt ist aber insoweit dieser Umwälzung überholt und nicht mehr zeitgemäß. Der Sach mußte deshalb wieder abgelegt werden. Wir bitten um Deine jegliche Adresse. Gruß!

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vom 24. bis 30. November haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse geleistet:
Augsburg 4.1000, Bochum 400, Danzig 800, Freiburg i. Br. 59.40, Gumbinnen 800, Kulsbach 100, Lützen 12.60, Meissen 12.60, Naumburg 200, Passau 50, Senftenberg 27.60, Sömmerin 1.00, 800, Schwarzenberg 8.40.
Streifen 4.2. — Briefumschläge: Streifen 4.2.07.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Alle diejenigen, die infolge des Einiges vom Militär als Mitglied und nach der obengenannten Krankenkasse ausgeschieden und nach der Entlassung vom Militär willens sind, in ihre Rechte in der Krankenkasse wieder einzutreten, für die aber zuerst an ihrem Wohnort eine Verwaltungskasse der Kasse nicht besteht, oder wo die Adresse der Dienstverwaltung nicht bekannt ist, können ihren Wiedereintritt in die Krankenkasse bei dem Untergewählten bewirken.
Der Vorstand, Hamburg 23, Wallstraße 1, 1. Et.

Sterbetafel.

(Unter jeder Rubrik verstanden sind alle Beschädigten der Betriebskassen, von denen und innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die letzte Zeile ist A.)

- Aichaffenburg.** (Bellhausen.) Am 16. Oktober starb unser Mitglied **Johann Aloys Simon** (Maurer) im Alter von 82 Jahren. — (Seebacher.) Am 1. November starb unser Mitglied **Mich. Stapp** (Maurer) im Alter von 81 Jahren. — (Saba.) Am 21. November starb unser Mitglied **Georg Hock** (Maurer) im Alter von 72 Jahren.
- Angsburg.** Am 22. November starb unser Kollege **Josef Müller** im Alter von 52 Jahren an Gehrstein.
- Cöhen.** Am 6. November starb unser Mitglied **Franz Beier** (Maurer) aus Gropshausen im Alter von 52 Jahren an der Grippe. — Am 7. November starb unser Kollege **Otto Bobbe** (Maurer) aus Gropshausen im Alter von 80 Jahren an Gehrstein. — Am 12. November starb unser Kollege **Franz Gneist** (Maurer) im Alter von 66 Jahren an der Grippe.
- Darmstadt.** (Bertram.) Am 12. November starb unser Mitglied **Johannes Mink** im Alter von 33 Jahren an Lungenerkrankung.
- Dresden.** Am 8. November starb unser Mitglied **August Pohle** (Maurer) aus Lößnitz im Alter von 55 Jahren an Grippe. — Am 12. November starb unser Mitglied **Hermann Kurze** (Maurer) aus Gropshausen im Alter von 61 Jahren an Augenentzündung und **Franz Nawrot** (Maurer) im Alter von 49 Jahren an Gehrstein. — Am 24. November starb unser Mitglied **Emil Fritzsche** (Maurer) aus Lößnitz im Alter von 50 Jahren an Magenverhärtung und **Wilhelm Klinge** (Maurer) aus Lößnitz im Alter von 61 Jahren an Luftdrüsenentzündung. — Am 26. November starb unser Mitglied **Johann Reusch** (Maurer) im Alter von 60 Jahren und **Oskar Richter** (Maurer) im Alter von 49 Jahren, beide an Lungenerkrankung. — Am 28. November starb unser Mitglied **Paul Förster** (Hilfsarbeiter) im Alter von 56 Jahren an Augenentzündung.
- Düsseldorf.** Am 18. November starb das Mitglied **Friedrich Feyer** im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 19. November starb das Mitglied **Wilhelm Welling** im Alter von 30 Jahren an der Grippe.
- Hilfen.** Infolge Lungenerkrankung starben unsere Kollegen **Johann Morgantz** (Maurer), 40 Jahre alt, und **August Neumeier** im 25. Lebensjahre.
- Cera.** Am 21. November starb das Mitglied **Hermann Böhm** (Hilfsarbeiter) im Alter von 66 Jahren an den Folgen eines Sturzes.
- Greiz.** Am 6. November starb in Wilhelmshaven unser treuer Mitglied **Paul Seidel** im Alter von 26 Jahren an der Grippe.
- Hamburg.** Am 16. November starb unser Mitglied **B. Collmann** (Maurer) im Alter von 43 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 21. November starb unser Mitglied **Johs. Haem** (Maurer) im Alter von 57 Jahren an Schlaganfall. — Am 24. November starben unsere Mitglieder **G. Feistenauer** (Hilfsarbeiter) im Alter von 46 Jahren an Augenentzündung und **Franz Kabisch** (Maurer) im Alter von 68 Jahren an Gehrstein. — Am 27. November starb unser Mitglied **P. Benthin** (Hilfsarbeiter) im Alter von 77 Jahren an Herzleiden.
- Hamm i. Westf.** Am 21. November starb unser Mitglied **Arnold Müller** (Hilfsarbeiter) im Alter von 35 Jahren an Grippe.
- Leipzig.** Am 28. November starb unser Kollege **Robert Parade** (Maurer) im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung.
- Mann.** Am 25. November starb unser Mitglied **Wilhelm Schmitt** (Maurer) im Alter von 51 Jahren an Herzleiden.
- Magdeburg.** Am 18. November starb unser Mitglied **Andreas Imrrich** (Maurer) aus Nieder-Doberlitz im Alter von 66 Jahren an Lungenerkrankung.
- Meißen.** Am 17. November starb unser Mitglied **Hermann Böber** im Alter von 47 Jahren an Grippe.
- Mühlheim a. d. Ruhr.** Am 12. November starb unser langjähriges Mitglied **Aug. Albrecht** (Maurer) seiner Heimat.
- München.** (Sauer.) Am 19. November starb unser Kollege **Johann Hiel** im Alter von 52 Jahren an Magenentzündung.
- Nürnberg.** Am 24. November starb unser Mitglied **Andreas Müller I** (Sulfurater) im Alter von 46 Jahren an Grippe. — (Niederschlag.) Am 11. November starb unser Mitglied **Peter Kroner** (Hilfsarbeiter) im Alter von 41 Jahren an Gehrstein.
- Osnabrück.** Am 20. November starb das Mitglied **Hermann Fechner** an Gehrstein.
- Pflanen i. B.** Am 26. November starb unser Mitglied **Rich. Kraus** (Maurer) im Alter von 40 Jahren an Gehrstein.
- Saarbrücken.** (Rhein.) Am 19. November starb unser langjähriges Mitglied der Kollege **Friedrich Nagel** (Maurer) im Alter von 84 Jahren. — Am 24. November starb unser Kollege **Joh. Schmitt** (Maurer) an Grippe. Er war ein sehr tüchtiger Kollege.
(Ehre ihrem Andenken!)

